Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 27.11.2024 **Drucksache 19/4145**

Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD**

Für Bayerns Familien – gegen sozial ungerechte Kürzungen

Der Landtag wolle beschließen:

Am 12.11.2024 kündigte Ministerpräsident Dr. Markus Söder an, das Krippengeld, das Familien in Bayern mit ein- und zweijährigen Kindern und einem niedrigen Einkommen mit bis zu 100 Euro bei den Betreuungskosten entlastet, ab 2026 komplett streichen und das Familiengeld in Höhe von 250 Euro, das bislang alle Familien in Bayern mit ein- und zweijährigen Kindern als Unterstützung erhalten, halbieren zu wollen.

Für viele Familien in Bayern bedeuten diese Ankündigungen massive finanzielle Einschnitte – insbesondere Familien mit niedrigem Einkommen werden überproportional belastet werden. Das ist unverständlich und sozial ungerecht.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatregierung aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zeitnah zu berichten:

– Warum das Krippengeld komplett entfallen soll?

– Warum das Familiengeld zukünftig nicht sozial gestaffelt ausgezahlt werden soll?

– Wofür die eingesparten (oder auch „umgeschichteten“) Gelder konkret eingesetzt werden sollen?

– Wie die Finanzierungslücke in der Betriebskostenfinanzierung zukünftig geschlossen werden soll? – Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die geplanten Umschichtungen, die die Lücke nicht schließen werden.

Begründung:

Die Staatsregierung hat sich darauf verständigt, dass das Krippengeld und das Familiengeld halbiert werden sollen. Die eine Hälfte soll weiterhin Familien in Bayern direkt ausgezahlt werden, die andere Hälfte soll in die Strukturen fließen. So zumindest hat es Ministerpräsident Dr. Markus Söder in einer Pressekonferenz formuliert.

Fakt ist jedoch, dass es nicht stimmt, dass beide Leistungen halbiert werden, vielmehr wird das Krippengeld komplett abgeschafft. So soll ab 2026 nur noch ein Familienstartgeld von 3.000 Euro zum ersten Geburtstag an Familien in Bayern ausgezahlt werden. Diese Summe entspricht der Hälfte des bisher über zwei Jahre ausgezahlten Familiengeldes.

Mit der Abschaffung des Krippengeldes soll die Leistung abgeschafft werden, die zielgerichtet vor allem Familien mit geringem Einkommen (Familieneinkommen bis 60.000 Euro + 5.000 Euro pro weiteres Kind) unterstützt, wohingegen das Familiengeld

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

einkommensunabhängig an alle Familien in Bayern mit ein- bis zweijährigen Kindern ausgezahlt wird.

Familien, die Krippengeld und Familiengeld beziehen/bezogen haben (also alle unter 60.000 Euro Familieneinkommen), erhalten/erhielten bislang für zwei Jahre 8.400 Euro – künftig erhalten Sie nur noch 3.000 Euro.

Familien, die nur Familiengeld beziehen/bezogen haben (also alle über 60.000 Euro Familieneinkommen), erhalten/erhielten bislang 6.000 Euro für zwei Jahre, nun erhalten sie nur noch 3.000 Euro.

Diese Auflistung zeigt, dass die größten Einschnitte somit bei Familien mit geringen Haushaltseinkommen vorgenommen werden sollen. Das ist sozial ungerecht und absolut unverständlich.

Fakt ist, es fehlt Geld im System der frühkindlichen Bildung. Die Finanzierung der Kitas ist nicht ausreichend abgesichert und steht kurz vor dem Kollaps. Darauf weisen die kommunalen Spitzenverbände und ebenso alle Kita-Träger in Bayern schon seit Jahren immer wieder hin. Über die Jahre ist die Lücke zwischen den tatsächlich anfallenden Kosten und der staatlichen Refinanzierung immer weiter auseinandergegangen – Berechnungen zufolge sind zwischen 1,5 Mrd. bis 2 Mrd. Euro nötig, um die Finanzierungslücke zu schließen.

Kitas sind wichtige Bildungsorte und entsprechend müssen sie auch ausgestattet sein. Dafür setzt sich die SPD-Landtagsfraktion schon seit Jahren ein. Aber alle entsprechenden Initiativen und Vorschläge wurden von CSU und FREIEN WÄHLERN immer wieder abgelehnt.

Gerade vor diesem Hintergrund sind die angekündigten Kürzungen scheinheilig, denn zum einen gehen sie zulasten junger Familien in Bayern, die nun die familienpolitischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre ausbaden sollen, zum anderen kann die bestehende Finanzierungslücke durch diese vermeintlichen Umschichtungen nicht annähernd geschlossen werden. Es braucht schlichtweg mehr Geld im System der frühkindlichen Bildung. Bildung kostet Geld – Geld, das nirgends besser investiert ist.